

SPITAL WIRD ZUGESPERRT

# Region kämpft um vernünftige Gesundheitsversorgung

[Niederösterreich](#) 30.01.2026 12:00

Politiker aus Region kämpfen für die Gesundheitsversorgung. (Bild: P. Huber)

Von **René Denk**

**SPÖ-Abgeordneter Michael Bierbach sieht in Gmünd laut seinen Informationen die Vorgaben des beschlossenen Gesundheitspakts nicht erfüllt, bei dem er selbst mitgestimmt hat. Im Rechtsstreit um den Spitalerhalt schreibt Stadtchefin Rosenmayer den nächsten offenen Brief.**

Bei der Aufregung über viele Versorgungsmissstände in der Region wird jetzt auch der Gmünder Landtagsabgeordnete Michael Bierbach aktiv. In einem Schreiben, das der „Krone“ zugespielt wurde, schreibt der SPÖ-Politiker an LGA-Vorständin Elisabeth Bräutigam, dass die Probleme mit der Gesundheitsversorgung immer größer zu werden scheinen. Viele Informationen, die ihm zugetragen werden, würden „nicht im Einklang mit den Beschlüssen des Gesundheitspakts stehen“, betont er und fordert die Beantwortung vieler kritischer Fragen ein.

## **Rascher Gesprächstermin mit LGA-Chefin**

Bierbach stellt nicht nur Detailfragen zum leisen Herunterfahren der Klinik Gmünd und den problematischen Krankentransporten seit Neujahr, sondern auch zur EU-weit ausgeschriebenen Vergabe an die Johanniter, die „Krone“ berichtete. Laut seinen Infos sei bei der Vergabe nicht nur Vorstand Bernhard Kadlec involviert gewesen – dies wies die LGA bereits scharf zurück – sondern auch ein weiterer Johanniter in der LGA. Laut LGA war Kadlec während der Ausschreibung aber noch nicht Vorstand und „es gibt keinerlei Befangenheit“. Auch Bräutigam antwortete prompt, dankt Bierbach für die Fragen und lädt ihn mit der ärztlichen Direktorin zum Gespräch Mitte Februar in Gmünd ein.



Landtagsabgeordneter Michael Bierbach hat nun einen Gesprächstermin mit LGA-Chefin Elisabeth Bräutigam und der ärztlichen Direktorin Julia Dlask. (Bild: WERNER JAEGER)

## **Weiterer Brief im Rechtsstreit um Klinikerhalt**

Im Rechtsstreit der Stadt um den Erhalt der Klinik verfasste Gmünds Bürgermeisterin Helga Rosenmayer (ÖVP) nun den nächsten offenen Brief an ÖVP-Spitalslandesrat Anton Kasser. Sie führt darin viele abgewanderte und ausgedünnte Abteilungen und Leistungen der letzten 15 Jahre an.

„Wie kann das Qualitätsniveau der Gesundheitsversorgung im Sinne des Übergabevertrags ohne adäquaten Ersatz so weiterhin aufrechterhalten werden“, fragt sie. Kasser verweist darauf, dass medizinische Qualität nur mit höherer Fallzahl gewährleistet werden kann, weshalb man die Leistungen bündeln muss. „Patienten im Bezirk Gmünd können sich weiterhin auf eine 24-7-Grund- und Erstversorgung verlassen. Niemand wird abgewiesen!“